



HPR aktuell

Redaktion: Reimund Höpfner

Ausgabe Januar 2009

IT-Projekt E-VSF
Seite 1

Förderung von
Tarifbeschäftigten
Seite 1

Bundesweite
Stellenausschreibung
Seite 2

Echtbetrieb des
IT-Verfahrens STRADA
Seite 2



Friedrichstraße 169-170
10117 Berlin

Telefon: 030-4081-6600
Telefax: 030-4081-6633
E-Mail: post@bdz.dbb.de
Internet: www.bdz.dbb.de

IT-Projekt E-VSF

Der Hauptpersonalrat hatte das BMF um Informationen über den aktuellen Sachstand in der Frage der Nutzbarkeit von personalisierten Funktionen der E-VSF (Elektronische Vorschriftenammlung Bundesfinanzverwaltung) in der gesamten Bundeszollverwaltung gebeten, da die ursprünglich beabsichtigte Realisierung in der Fläche bislang nicht verwirklicht wurde. Das BMF teilte dem Hauptpersonalrat inzwischen mit, das weiterhin geplant sei, sämtlichen Beschäftigten einen personalisierten Zugang zur E-VSF einzurichten, von der ursprünglichen Zeitplanung jedoch abgewichen werde. Prioritär wird zunächst das sogenannte „Mitarbeiterportal“ in perso-

nalisierter Form eingerichtet. Vom parallelen Aufbau eines gesonderten E-VSF-Verzeichnisses auf einem gesondert einzurichtenden Server nimmt das BMF Abstand, da zwei konkurrierende Verzeichnisse für den gleichen Zweck einen doppelten Erfassungs- und Pflegeaufwand mit sich brächten. Eine vorübergehende Übergangslösung wurde vom BMF aus fachlichen Gründen verworfen. Im Sommer 2009 soll das Mitarbeiterportal mit ersten Inhalten den Bediensteten der Bundesfinanzverwaltung sukzessive zur Verfügung gestellt werden. Darin wird die E-VSF integriert und auf diese Weise ein personalisierter Zugang realisiert.

Bearbeiter: Eberle

Förderung von Tarifbeschäftigten in der Bundeszollverwaltung

Unter Federführung der BDZ-Tarifgruppe im Hauptpersonalrat fanden am 16. Dezember 2008 erste Gespräche mit dem BMF über die Förderung der Tarifbeschäftigten statt. Die Verhandlungspartner waren sich einig, dass die Qualifizierung und das berufliche Fortkommen der Tarifbeschäftigten in der Bundeszollverwaltung verbessert werden sollen. Grundlage für das Gespräch war ein Konzept der BDZ-Tarifgruppe, das die Handlungsfelder der Personalentwicklung im Bereich der Tarifbeschäftigten aufzeigt. Dieses Konzept beinhaltet insbesondere die Abgrenzung der Einsatzbereiche für Tarifbeschäftigte, die Aufstiegsförderung mit entsprechender Verfahrensweise, die künftige Ausschreibungspraxis von Dienstposten bzw. Arbeits-

plätzen in der Bundeszollverwaltung sowie die bereits vorhandenen Förderungsmöglichkeiten durch den TVöD und deren Anwendung. Darüber hinaus soll die Möglichkeit eröffnet werden, an einer Fortbildung zum Verwaltungsfachwirt teilzunehmen. Damit wäre ein horizontaler Aufstieg – zum Beispiel von Entgeltgruppe 8 nach Entgeltgruppe 9 (vergleichbar gehobener Dienst) – möglich. Des Weiteren soll die Möglichkeit der Verbeamtung als zusätzliches Instrument der Förderung genutzt werden. In dieser Frage bleibt aber abzuwarten, in welcher Form die neue Bundeslaufbahnordnung den Aufstieg für Beamtinnen und Beamte regeln wird.

Bearbeiter: Knechtel

Bundesweite Stellenausschreibung

Im Rahmen der bundesweiten Stellenausschreibung hat der Hauptpersonalrat in seiner Sitzungswoche vom 5. bis 9. Januar 2009 in Berlin den vom BMF vorgelegten Auswahlentscheidungen für den gehobenen Zolldienst zu etwa 98 Prozent zugestimmt. Mit der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung beim BMF wurde vereinbart, die wenigen wegen fehlender Informationen noch offen gebliebenen Entscheidungen in der Februar-Sitzung des Hauptpersonalrats zu treffen. Bis dahin hat die Verwaltung die Möglichkeit, dem Hauptpersonalrat die notwendigen Informationen vorzulegen, damit auch über diese Fälle abschließend entschieden werden kann.

Wie geht's weiter?

Nachdem das BMF die Zustimmung an die Bundesfinanzdirektionen, das Zollkriminalamt und das

Bildungs- und Wissenschaftszentrum der Bundesfinanzverwaltung weitergeleitet hat, müssen die unterlegenen Interessenten von dort unterrichtet werden, bevor die Dienstposten endgültig an die ausgewählten Bewerber übertragen werden können. In der Regel folgt hiernach eine Frist von 14 Tagen, in der die negativ Betroffenen gegen die Auswahlentscheidungen Einwendungen erheben können. Der genaue Zeitpunkt der Übertragung ist daher derzeit nicht zu bestimmen. Das BMF hat aber zugesagt, so schnell wie möglich einen „einheitlichen Übertragungstermin“ festzulegen, damit die Folgeausschreibungen zeitnah eingeleitet werden können.

Information zum laufenden Beförderungsgeschehen

Die Zusammenstellung der Beförderungszahlen für den Monat

Dezember 2008 konnte vom BMF aus organisatorischen Gründen bislang nicht erstellt werden. Entgegen anderslautenden Publikationen hat das aber nicht die Folge, dass keine Beförderungen erfolgten. Den Bundesfinanzdirektionen, dem Zollkriminalamt und dem Bildungs- und Wissenschaftszentrum der Bundesfinanzverwaltung sind die einzelnen Beförderungen bereits mitgeteilt worden. Die von Unbekannt veröffentlichten angeblichen Beförderungsstände sind nach Aussage des BMF falsch und stammen weder vom BMF noch vom Hauptpersonalrat. Das BMF ist bemüht, die tatsächlichen Beförderungsnummern schnellstmöglich zu veröffentlichen.

Bearbeiter: Hecker

Echtbetrieb des IT-Verfahrens STRADA

Das BMF hat dem Hauptpersonalrat nach der Zustimmung zum Echtbetriebsbeginn des IT-Verfahrens STRADA am 22. Dezember 2008 einen sogenannten Rollout-Erlass vom 16. Dezember 2008 zur Unterrichtung zugeleitet. Dem Erlass liegt eine Übersicht bei, in der das BMF die von den Bezirkspersonalräten der Bundesfinanzdirektionen Nord und Südwest übermittelten Anregungen zur Verbesserung von STRADA fachlich bewertet. Zu den Energieverlusten in den Büromobilen führt das BMF aus, dass STRADA hierfür nicht ursächlich sei. Die Energieverluste entstünden

durch mehrmalige Spannungsumwandlungen in den Fahrzeugen (Wandlung von 12 V Gleichspannung auf 230 V Wechselspannung und wieder auf 19,5 V Kleinspannung über das Gerätenetzteil des Notebooks). Tests haben ergeben, dass die Probleme bei genereller Kleinspannung in den Fahrzeugen nicht mehr auftreten. An einer entsprechenden Lösung wird gearbeitet. Die Version STRADA 1.0 bietet zunächst Basisfunktionalitäten, die aber die mobile Vorgangsbearbeitung der Kontrolleinheiten Verkehrswege und

Grenznaher Raum bereits wesentlich erleichtert und qualitativ verbessert. Das BMF hat angekündigt, den Hauptpersonalrat im Zuge weiterer STRADA-Versionen, mit denen das Verfahren schrittweise optimiert wird, erneut zu beteiligen. Geprüft wird zurzeit, STRADA auch auf die Arbeitsplatzcomputer der Kontrolleinheiten Verkehrswege und Grenznaher Raum sowie auf die Notebooks und Arbeitsplatzcomputer der Kontrolleinheiten Flughäfen-Reiseverkehr, Flughäfen Überwachung Waren und Zollboote einzusetzen.

Bearbeiter: Eich